

demokratie

GEGEN MENSCHENFEINDLICHKEIT

Gute
Flüchtlinge,
schlechte
Flüchtlinge?!

Halbjahreszeitschrift

Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis · Jahrgang 11/2016 · Nr. 1



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

DEMOKRATIE

gegen Menschenfeindlichkeit

Zeitschrift für

Wissenschaft und Praxis

Gute Flüchtlinge, schlechte Flüchtlinge ?!

Mit Beiträgen von
Günter Burkhardt, Tina Dürr,
Benno Hafenegger, Anetta Kahane,
Beate Küpper, Jochen Oltmer, Judith Rahner,
Julia Schramm, Simon Teune,
Ulrich Wagner, Andreas Zick



WOCHENSCHAU VERLAG

Verlag Wochenschau Verlag, Dr. Kurt Debus GmbH

Verleger Bernward Debus, Dr. Tessa Debus

Redaktion

Dr. Reiner Becker (reiner.becker@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Irina Bohn (irina.bohn@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Prof. Dr. Maria do Mar Castro Varela (mariado-mar.castrovarela@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Tina Dürr-Oberlik (tina.duerr@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Prof. Dr. Benno Hafenegger (verantw. für Buchbesprechungen, benno.hafenegger@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Prof. Dr. Beate Kupper (beate.kuepper@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de), Timo Reinfrank (timo.reinfrank@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de)

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Marwan Abou-Taam (LKA Mainz, Islamwissenschaft), Silke Baer (Cultures Interactives), Prof. Dr. Uschi BirsI (Uni Marburg), Prof. Dr. Dierk Borstel (FH Dortmund), Friedemann Bringt (Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus), Prof. Dr. Stephan Bundschuh (HS Koblenz), Jan Buschbom (Violence Prevention Network), Marina Chervinsky (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. – Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment), Prof. Dr. Wolfgang Frindte (Uni Jena, Kompetenzzentrum Rechtsextremismus), Prof. Dr. Hajo Funke (Otto-Suhr-Institut Berlin, em.), Pia Gerber (Freudenberg Stiftung), Stefan Glaser (jugendschutz.net), Grit Hanneforth (Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung), Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung), Dr. Türkan Kanbicak (Fritz Bauer Institut, Islamwissenschaft), Bianca Klose (Bundesverband Mobile Beratung e.V.), Reinhard Koch (BAG Einstieg zum Ausstieg), Robert Kusche (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt), Prof. Dr. Ilse Lenz (Uni Bochum, Soziologie/LSBTI/Gender Studies), Prof. Dr. Paul Mecheril (Uni Oldenburg), Prof. Dr. Kurt Möller (Hochschule Esslingen), Prof. Dr. Roland Roth (HS Magdeburg), Prof. Dr. Susanne Schröter (Uni Frankfurt/M., Islamwissenschaft), Eberhard Seidel (Schule ohne Rassismus), Prof. Dr. Fabian Virchow (FH Düsseldorf), Prof. Dr. Ulrich Wagner (Uni Marburg), Prof. Dr. Franz Walter (Uni Göttingen), Prof. Dr. Andreas Zick (Uni Bielefeld)

Redaktionsanschrift

Wochenschau Verlag, Redaktion Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts., redaktion@demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de

Anzeigenleitung

Brigitte Bell, E-Mail: brigitte.bell@wochenschau-verlag.de, Tel. 06201/340279, Fax: 06201/182599

Bezugsbedingungen

Es erscheinen zwei Hefte pro Jahr. Preise: Einzelheft € 26,80; Jahresabopreis € 48,00; Referendare/ Studierende erhalten die Zeitschrift mit einer Ermäßigung von 50%; alle Preise zzgl. Versandkosten; Kündigung acht Wochen (bis 31.10.) vor Jahresende. Bankverbindung für Überweisungen: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNNM

ISSN 2367-1939 Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-7344-0341-5
www.demokratie-gegen-menschenfeindlichkeit.de



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Wochenschau Verlag • Adolf-Damaschke-
Straße 10 • 65824 Schwalbach/Ts.
Tel: 06196/86065 • Fax: 06196/86060
info@wochenschau-verlag.de
www.wochenschau-verlag.de

INHALT

In eigener Sache	5
Editorial	9
 Schwerpunkt	
Beate Küpper, Andreas Zick: Zwischen Willkommen und Hass. Einstellung der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu Geflüchteten	13
Jochen Oltmer: Schutz für Flüchtlinge. Das Aushandeln von Asyl in der Bundesrepublik Deutschland	33
Simon Teune: Zwischen Hetze und Hilfe. Die Einwanderung von Geflüchteten als zivilgesellschaftliches Konfliktfeld	48
Ulrich Wagner: Sozialpsychologische Empfehlungen an Gesellschaft und Politik zum Umgang mit Geflüchteten in Deutschland	59
Tina Dürr: „... damit die Stimmung nicht kippt“. Proaktive Beratung von Kommunen im Kontext der Aufnahme von Flüchtlingen	73
Interview mit Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl „Warum brauchen Menschen Schutz?“	89
 Forum	
Anetta Kahane, Julia Schramm: Der Hass im Netz. Mehr Minderheitenrechte versus Hass gegen Minderheiten	99
Judith Rahner: „Wie Du mir, so Allah Dir!“ Ideologisierte islamistische Jugendszenen in den sozialen Medien	107
Benno Hafener: Die extreme und populistische Rechte. Kommunalwahl in Hessen, Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz	119

Marktplatz

Handreichung „Willkommenskultur versus Rechtsextremismus“	133
Standards und Fortbildungen zur Antidiskriminierungsberatung	134
Schule der Vielfalt: Ein Projekt für mehr Akzeptanz	135
Sammelband „Auseinandersetzungen mit den Ideologien der Ungleichwertigkeit“	138
Nichts zu feiern – aber zu bedenken?!	
Luther, die Reformation und Antisemitismus im Jahr 2017	139
Ziel Entstigmatisierung: Das Biographische Archiv der Psychiatrie	140
Neuer Bundesverband unterstützt Beratungsteams in fachlicher Arbeit und strukturellen Fragen	142
Wi(e)dersprechen – Über den Umgang mit der Alternative für Deutschland und die Notwendigkeit, über Demokratie zu sprechen	143
Bundesverband Trans – Für geschlechtliche Selbstbestimmung und Vielfalt!	144
Würdiges Gedenken für alle Todesopfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt – Kampagne der Mobilien Opferberatung von Miteinander e. V.	146
Licht in den Dschungel des Begriffs-Wirrwarrs. Glossar der Neuen deutschen Medienmacher in der 3. Auflage	147
Wie mit Gerüchten über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird	149
Aktualisierte Handreichung „Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen“	150

Buchbesprechungen

Wolfgang Frindte, Daniel Geschke, Nicole Haußecker, Franzika Schmidtke (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“ (von Benno Hafenecker)	151
Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe (von Sophie Schmitt)	153
Daniel Bax: Angst ums Abendland (von Andreas Zick)	156

Autorinnen und Autoren	158
------------------------------	-----

IN EIGENER SACHE

Seit vielen Jahren werden zahlreiche Anstrengungen zur Förderung von Demokratie und gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, Rechtsextremismus, gewaltorientierten Islamismus u. a. unternommen: Im Rahmen verschiedener Programme des Bundes und der Länder, von Stiftungen und insbesondere durch das Engagement von vielen Akteuren der Zivilgesellschaft wurden und werden zahlreiche Konzepte und Formate zur Prävention und Intervention in vielfältigen Handlungsfeldern erprobt und eingeführt. Aus der Praxis heraus entwickelt, stehen mittlerweile viele gute Ansätze, erfolgreiche Modellprojekte, innovative Konzepte und ein breites Erfahrungswissen zur Verfügung. Gleichzeitig hat die Wissenschaft theoretisch fundiertes und auch empirisch untermauertes Wissen und Erkenntnisse angesammelt und sie arbeitet und forscht nach wie vor zu dem Thema. Inzwischen geschieht dies häufig auch anwendungsorientiert bzw. mit eindeutigem Anwendungsbezug für die Praxis.

Transfer Wissenschaft ↔ Praxis

Der Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis wird zunehmend in kollektiven Kooperationen oder gemeinsamen Fachtagungen realisiert und findet sich inzwischen auch in gemeinsamen Publikationen wieder. Doch immer noch laufen unserer Erfahrung nach Praxis und Wissenschaft, Wissenschaft und Praxis viel zu oft nebeneinander her. Wir sind davon überzeugt, dass es sich lohnt, den Transfer und perspektivisch auch das gemeinsame Arbeiten von Wissenschaft und Praxis weiter auszubauen und zu vertiefen. Die Herausgeber_innen der Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ wollen hierzu einen weiteren Beitrag leisten, indem sie eine Plattform für den gegenseitigen Austausch zwischen anwendungsnaher Wissenschaft und Praxis bieten. Es geht um die Weitergabe und Reflexion von relevantem Wissen, Erfahrungen und Beobachtungen. Die Zeitschrift dient somit zweierlei Zielen: Zum einen soll die Wissenschaft näher an die Praxis gebracht, sollen Fragestellungen und Erkenntnisse aus der Wissenschaft aufgegriffen werden. Zum anderen soll es möglich sein, die Praxis noch mehr als bisher auf evidenzbasierte Füße zu stellen, indem

hier Kenntnisse über gute Konzepte und erfolgreich arbeitende Projekte weitergegeben werden. Die Herausgeber_innen der Zeitschrift wollen dem Austausch zwischen Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen ein Forum bieten und „Hand in Hand“ das Feld weiterentwickeln.

In die Zeitschrift werden daher unterschiedliche Formate aufgenommen. Neben Beiträgen aus der Wissenschaft mit anwendungsbezogenem Fokus und Berichten aus der Praxis strebt die Zeitschrift den Austausch etwa durch gemeinsame Texte oder gegenseitige Kommentierungen an. Ebenso wird es Raum geben für Neuigkeiten aus dem Feld, zu aktuellen Programmen, Trägern und Projekten, Weiterbildungsmaßnahmen und Akteuren.

Zielgruppe

Zielgruppe der Zeitschrift sind alle Akteur_innen aus Praxis und Wissenschaft, die sich gegen Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus engagieren und Projekte umsetzen, die in der schulischen oder außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen, aber auch mit Erwachsenen tätig sind bzw. in ihrem Tätigkeitsfeld das Thema stärken wollen und die anwendungsorientiert wissenschaftlich forschen. Das Themenfeld versammelt Expert_innen mit Ideen, weitreichenden Erfahrungen und Erkenntnissen, zugleich aber auch viele mitunter vereinzelt agierende Akteur_innen, die in ihrem Arbeitsfeld beispielsweise ein kleines, begrenztes Projekt umsetzen wollen. Die Zeitschrift will das breite Tätigkeitsspektrum abbilden, in dem Anstrengungen zur Förderung von Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit unternommen werden. Dazu zählen u. a. Jugendarbeit, Schule, Sport, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Kommunen und auch gesellschaftliche Bereiche, in denen diese Ansätze noch wenig entwickelt sind, wie u. a. soziale Einrichtungen, Verwaltung und Unternehmen, Hochschulen, Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr. Damit soll auch ein Ort für den Austausch guter Ansätze, eine produktive Lernwelt und gegenseitige Inspiration geschaffen werden. Nicht zuletzt bietet die Zeitschrift damit auch die Möglichkeit zur kommunikativen Vernetzung.

Offen für unterschiedliche Konzeptionen und Ansätze

Die Entscheidung für die beiden zentralen Begriffe „Demokratie“ und „Menschenfeindlichkeit“ als Titel für die Zeitschrift ist uns nicht ganz leicht gefallen und sie ist das Ergebnis eines sorgfältigen Abwägungsprozesses.

Denn jede Festlegung auf eine Begrifflichkeit bedeutet zugleich eine Positionierung und das Einnehmen einer bestimmten Perspektive. Mit dem Begriff der „Menschenfeindlichkeit“ stellen wir uns in die Tradition des Konzepts der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, das am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld entwickelt wurde und das inzwischen Eingang in die wissenschaftliche Debatte ebenso wie in viele Programme gefunden hat. Uns ist bewusst, dass nicht alle Akteur_innen, die in dem Feld aktiv sind, mit diesen Begriffen glücklich sind und andere Begrifflichkeiten angemessener gefunden hätten, die z. T. auf unterschiedlichen Forschungstraditionen und Praxisansätzen basieren bzw. sich daraus entwickelt haben.

Programmatische Begriffe unterliegen oftmals einer raschen Konjunktur und spiegeln auch neue Entwicklungen und Erkenntnisse. Die manchmal durchaus leidenschaftlich geführte Debatte über die Angemessenheit von Begriffen kann aber auch dazu führen, dass die Phänomene selbst, die hinter den Begriffen stehen, in den Hintergrund treten. Die Reflexion von und Auseinandersetzung mit Begriffen selbst ist Teil nicht allein der wissenschaftlichen Debatte, sondern wird vielfach auch und gerade von Praktiker_innen durchgeführt. So ist die Auseinandersetzung mit Phänomenen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ein weites und manchmal auch durchaus vermintes Feld für Projekte, die staatlich gefördert und initiiert und dann in der Zivilgesellschaft realisiert wurden. Hier zeigen sich Fragen und Konflikte, die auf unterschiedliche Wahrnehmungen, Deutungen und „unterschiedliche gesellschaftliche Interpretationen und Konsequenzen für das „richtige“ Handeln“ bei den unterschiedlichen Akteuren hinweisen.

Die Zeitschrift ist ungeachtet der gewählten Begrifflichkeiten offen für Beiträge mit anderen theoretischen Orientierungen und Deutungsmustern sowie konzeptionellen Ansätzen. Sie will Raum für diese Auseinandersetzungen mit einem Fokus auf die Praxis bieten. Wir möchten Sie herzlich einladen, sich an der Entwicklung dieser Zeitschrift zu beteiligen.

Aufbau und Erscheinungsweise der Zeitschrift

- Schwerpunktthema: Jede Ausgabe hat ein Schwerpunktthema, zu dem zwei bis vier Beiträge aus der anwendungsorientierten Wissenschaft und der Praxis veröffentlicht werden. Hier soll zum einen der Fokus auf unterschiedlichen Formen von Abwertungs- und Ausgrenzungsphäno-

menen verschiedener sozialer Gruppen liegen. Der Schwerpunkt kann zum anderen auch unterschiedliche Handlungsfelder thematisieren, in denen Akteure aktiv sind (z.B. Schule, Jugendarbeit, Kirchen, Sport, Kommunen usw.).

- Forum: Hier werden Beiträge aus Wissenschaft und Praxis unabhängig vom Schwerpunktthema einer Ausgabe veröffentlicht.
-

Rezensionen: In jeder Ausgabe der Zeitschrift werden aktuelle und relevante Publikationen vorgestellt.

Die Zeitschrift erscheint zunächst halbjährlich im Wochenschau Verlag.

Redaktion

Dr. Reiner Becker (Leiter des Demokratiezentrum Hessen, Philipps-Universität Marburg)

Irina Bohn (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt/M.)

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela (Prof. für Soziale Arbeit und Allgemeine Pädagogik, Alice-Salomon-Hochschule Berlin)

Tina Dürr (Demokratiezentrum Hessen, Philipps-Universität Marburg)

Prof. Dr. Benno Hafener (Prof. [em.] am Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg)

Prof. Dr. Beate Küpper (Prof. für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen, Fachbereich Sozialwesen/So.Con Institut, Hochschule Niederrhein)

Timo Reinfrank (Stiftungskoordination, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin)

Beirat

Die Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ hat einen Beirat mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis, der die Herausgeber_innen bei der Weiterentwicklung begleitet, Hinweise auf neue Entwicklungen in Wissenschaft und Praxis gibt und Themen anregt. Die Namen finden sich auf der Impressumseite.

EDITORIAL

Als wir in einer der ersten Redaktionssitzungen im Frühjahr 2015 in der Diskussion des ersten Schwerpunktes für das neue Journal „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit – Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis“ waren, haben wir uns für das Thema „Gute Flüchtlinge, schlechte Flüchtlinge?!“ entschieden. Damals waren wir noch der Meinung, einem neuen, wenig behandelten, nichtsdestotrotz für Wissenschaft und Praxis relevanten Thema Raum zu geben. Geplant war zunächst u. a. eine kritische Diskussion über die öffentliche Auseinandersetzung um Angehörige der Roma, die medial als nicht willkommene Zuwander_innen aus den Balkanstaaten im Fokus standen. Jedoch veränderten die Ereignisse des vergangenen Sommers diese ersten Planungen und analog zu den scheinbar täglich wechselnden Topics in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ wurden die geplanten Beiträge modifiziert, wohl wissend, dass mit Veröffentlichung der ersten Ausgabe der neuen Zeitschrift im öffentlichen Diskurs bereits wieder andere Aspekte und Akzente dieses facettenreichen Themas auf der Tagesordnung stehen würden. Eine zweimal jährlich erscheinende Fachzeitschrift kann nicht der Ort für die Diskussion tagesaktueller Ereignisse sein, jedoch erscheint die erste Ausgabe in einer Zeit, die unter den Vorzeichen eines möglicherweise tief greifenden gesellschaftspolitischen Wandels steht, der sich in einigen markanten Punkten immer deutlicher offenbart:

1. Die Versäumnisse in der europäischen Flüchtlingspolitik holen nun die Staaten der EU und Deutschland mit ein; viele bisher scheinbar bewährte politisch-bürokratische Routinen wie das wiederholt kritisierte Dublin-Verfahren greifen nicht mehr, gleichzeitig bilden sich enorme gesellschaftliche Potenziale heraus: So entwickelt sich eine neue „Willkommensbewegung“; viele Menschen in Deutschland sind ehrenamtlich in der Arbeit mit Flüchtlingen aktiv. Das vielfältige Engagement und die Offenheit vieler Bürger_innen zeugen von einer Bereitschaft für eine weitere Phase der gesellschaftlichen Öffnung. Zeitgleich ertönt anwachsend eine menschenfeindliche und antidemokratische Hetze, die immer häufiger auch in

Gewalt mündet. Die Übergriffe auf Flüchtlinge erinnern an die Ereignisse Anfang der 1990er Jahre – wobei „Rostock-Lichtenhagen“ oder „Hoyerswerda“ metaphorische Fanale für die Exzesse eines Konglomerats aus Wutbürgertum und organisiertem Rechtsextremismus setzten. Angesichts der neuen Entwicklungen bewegen sich viele Menschen unsicher zwischen den beiden Polen „Engagement und Offenheit“ einerseits und aggressiver „Abwehr und Gewalt“ andererseits. Dabei führt der öffentliche Diskurs Anfang des Jahres 2016 in einem solchen Stimmungskontinuum zu einer sich verschärfenden Polarisierung, die von einer schnellen Verbreitung von Halbwahrheiten und Gerüchten vor allem in den sozialen Netzwerken stimuliert und begleitet wird.

2. Die politische und mediale Debatte zum Thema Flucht und Asyl ist zunehmend aufgeheizt; die alltägliche Diskussion überschlägt sich geradezu und schraubt sich gefühlt immer schneller und höher, sodass einzelne Facetten dieses komplexen Themas tagesaktuell alle anderen überschatten und ebenso schnell wieder in den Hintergrund treten – die Halbwertzeit solch öffentlicher Debatten wird immer kleiner. Die Themenakzentuierung in den hyperschnellen sozialen Netzwerken scheint die traditionellen Medien vor sich herzutreiben und sie herauszufordern, selbst in den Strudel solcher „Speed-Debatten“ hineinzugeraten. Diese wiederum nötigen auch die Politik zu einem problematischen Wettbewerb, schnell zu handeln, begleitet von einer Rhetorik, die sich teilweise hart am rechtspopulistischen Rand von Pegida & Co bewegt und in den Sog gerät, mit immer härterer und autoritärer Kontrolle sowie ständig neuen Forderungen punkten zu wollen. Die Suchbewegung der politisch Verantwortlichen orientiert sich z.T. stark an den Pegelausschlägen des öffentlichen Stimmungsbarometers; begleitet von politischen Schlagworten – Stichwort „Obergrenze“ – werden den Menschen im Land simplifizierende Lösungsansätze angeboten. Obwohl die Ursachen und die Bewältigung von Flucht mit Blick auf Krieg, Vertreibung und Armut äußerst komplexe Herausforderungen sind, wird der Neigung einfacher Antworten auf komplexe Probleme nachgegeben.

Die Eskalationsspirale dieses „Diskurswahnsinns“ belegt eine zunehmende Simplifizierung der politischen Debatte und lädt sich rassistisch auf, angefeuert auch von in die Welt gesetzten Gerüchten und Halbwahrheiten: So wurden z.B. noch vor den ersten konkreten Ermittlungsergebnissen zu den schrecklichen Ereignissen in der Silvesternacht in Köln schon die ersten

Urteile gesprochen und die Gesetzesänderungen zur Verschärfung des Sexualstrafrechts und der Abschiebungspraxis formuliert. Ein weiteres Beispiel war die Nachricht eines ausgezehrt und verstorbenen Flüchtlings vor der Berliner Landesaufnahmestelle Lageso, die für große Empörung sorgte; doch nur wenige Stunden später zeigte sich nach Überprüfung dieses Vorfalls, dass zuvor schlichtweg nicht verifizierte Nachrichten verbreitet wurden.

3. Am Thema Geflüchtete zeigt sich derzeit das Ringen um eine offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft. Gänzlich in Vergessenheit geraten die dramatisch unterschätzten Folgen des demografischen Wandels mit einer älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung, die Klagen der Wirtschaft um den Fachkräftemangel und der Rückgang der Geburtenquote, der bis vor Kurzem in manchen Teilen der Republik noch Kindergärten und Grundschulen zur Schließung zwang. Mit dem Zuzug von Flüchtlingen seit dem vergangenen Jahr blicken Teile der Wirtschaft durchaus positiv auf die neu Hinzukommenden. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung prognostizieren in einigen Jahren einen Vorteil durch die aktuelle Einwanderung und auch in etlichen Kommunen wird die Chance gesehen, eine Kehrtwende im Bevölkerungsrückgang erzielen zu können. Bei der nun anstehenden, vielfach auch bereits begonnenen Integration kann Deutschland auf seine großen Erfahrungen als Ein- (und übrigens auch als Aus)wanderungsland zurückblicken. Zwar fordert die gegenwärtige Situation insbesondere die Kommunen heraus, jedoch kann auf einen großen Erfahrungsschatz und inzwischen vielerorts funktionierende Vernetzungen zurückgegriffen werden. Was nun vonnöten wäre, ist ein langfristiges und solide finanziertes Integrationskonzept, das alle Ebenen umfasst und dem Bedürfnis vieler Menschen gerecht wird, von politisch Verantwortlichen nicht nur zu erfahren, dass „wir es schaffen“, sondern auch, „wie wir es schaffen“.

An der sogenannten „Flüchtlingsfrage“ lässt sich also wie unter dem Brennglas ablesen, was sich die neu gegründete Zeitschrift „Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit“ auf die Fahne geschrieben hat: die Beschreibung und Analyse von Themen und Herausforderungen aus Sicht von und für Wissenschaft und Praxis. Dazu gehören Analysen der aktuellen politischen Debatten und ihrer Auswirkungen auf die Praxis sowie der Wirkmächtigkeit menschenfeindlicher Stimmungsmache, die in Diskriminierung

und Gewalt münden kann, aber eben auch die Vorstellung von Best-practice-Beispielen zivilgesellschaftlichen Engagements und die Darstellung der Herausforderungen für die Entwicklung einer demokratischen Kultur. Das vorliegende Heft will einige der Themenstränge sowohl analytisch aufgreifen als auch empirisch und praxisbezogen einordnen.

Im „Schwerpunkt“ berichten *Beate Küpper* und *Andreas Zick* über die Einstellungen der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu Flüchtlingen, die zwischen Willkommen und Hass gespalten sind und an denen sich das Ringen um den Zustand und die Zukunft des Wesens der Gesellschaft ablesen lässt, so ihre These. *Jochen Oltmer* gibt einen Überblick über die jüngere Migrationsgeschichte Deutschlands und zeigt dabei, dass die Auswanderung des Asylrechts ein ständiger Begleiter in der Geschichte der Bundesrepublik ist. *Simon Teune* diskutiert am Beispiel von Pegida, dass die Einwanderung von Geflüchteten zunehmend auch ein zivilgesellschaftliches Konfliktfeld ist. *Ulrich Wagner* bietet in seinem Beitrag einen Überblick über sozialpsychologische Mechanismen und Implikationen, die sich für den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit der gegenwärtigen Fluchtsituation ergeben. *Tina Dürr* berichtet von den kommunalen Herausforderungen bei der Aufnahme von Geflüchteten und den Aufgaben, die sich hier für die Mobile Beratung in Kommunen stellen. Im Interview diskutiert *Günter Burkhardt* u.a. die Frage, welche Parallelen bzw. welche Unterschiede er zwischen der Situation Anfang der 1990er Jahre und heute sieht.

Im „Forum“ wird ergänzend hierzu der Blick auf weitere Themen gelenkt, die ebenso aktuell sind und wichtige Entwicklungen aufzeigen: *Anetta Kahane* und *Julia Schramm* schreiben über den um sich greifenden Hass im Netz, von dem inzwischen ein immer größerer Personenkreis betroffen ist. *Judith Rahner* wirft ein Schlaglicht auf die islamistische Propaganda in den sozialen Medien und gibt aus Sicht der Praxis Handlungsempfehlungen, wie damit umgegangen werden kann. *Benno Hafeneeger* analysiert die Ergebnisse dreier Landtagswahlen und der Kommunalwahl in Hessen mit Blick auf die Erfolge von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien.

Das Herausgeber- und Redaktionsteam der Zeitschrift
Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit

SCHWERPUNKT

Beate Küpper, Andreas Zick

Zwischen Willkommen und Hass

Einstellung der deutschen
Mehrheitsbevölkerung zu Geflüchteten

Gegenbewegungen – Willkommen und Hass gegen Flüchtlinge

Im Sommer 2015 erlebte das Land eine beeindruckende Willkommensbewegung und ein Engagement für Flüchtlinge, an der sich anhaltend viele Menschen ehrenamtlich und professionell beteiligen (Karakayali/Kleist 2015). Zugleich wurden nahezu täglich Brandsätze auf Flüchtlingsunterkünfte geworfen. Das Bundeskriminalamt zählt für das Jahr 2015 offiziell 1.005 Straftaten gegen Flüchtlingsheime, darunter viele Brandanschläge, die auch Menschen gefährdet haben. Das sind vier Mal so viele Straftaten wie im Jahr zuvor und auch andere rechts motivierte Straftaten einschließlich gewalttätiger Delikte und Volksverhetzung nahmen deutlich zu. Hass und Gewalt richten sich dabei zunehmend nicht nur gegen Unterkünfte, sondern auch unmittelbar gegen geflüchtete Menschen und jene, die sich für sie engagieren, sie trifft Privatpersonen ebenso wie Politiker_innen und Journalist_innen (siehe dazu die Dokumentation von Übergriffen der Amadeu Antonio Stiftung und ProAsyl auf der Homepage von Mut-gegen-

rechte-Gewalt). Begleitet wurde und wird die offene Gewalt von Hass und Hetze im Internet und auf den Demonstrationen von Pegida, den selbsternannten „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Richteten sich die Parolen von Pegida auf den als harmlose „Abendspaziergänge“ getarnten Protestmärschen und im Internet zunächst vorrangig gegen Muslime, erweiterte sich bald das Spektrum des Hasses auf weitere soziale Gruppen, denen Gleichwertigkeit abgesprochen wurde – Frauen, homosexuelle Personen und bald auch auf Flüchtlinge. Zum Jahrestag im Oktober 2015 versammelten sich noch einmal 20.000 Demonstrant_innen – „Normalbürger_innen“ neben offen rechtsextremen – hinter Hetzparolen gegen Flüchtlinge und die parlamentarische Demokratie, die an den Jargon der NSDAP der Weimarer Republik angelehnt waren. Begleitet wurden sie von einer

Die Parolen von Pegida & Co sprechen vielen Gruppen die Gleichwertigkeit ab

ähnlich großen Anzahl von Gegendemonstrant_innen, während die sächsische Landesregierung sich durchaus nicht immer klar positionierte (vgl. dazu u. a. einen Bericht auf *ZEIT Online* vom 17.12.2015 über die Verbindungen einiger sächsischer Landtagsabgeordneter zu sogenannten „Flüchtlingsgegnern“). Parallel dazu radikalisierte sich die neu gegründete, später deswegen gesplante Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), während sie zeitgleich in den bundesweiten Wahlumfragen weiter auf zwölf Prozent zulegte (vgl. ARD Deutschlandtrend März 2016, Ergebnisse zur Sonntagsfrage).

Das im Sommer in manchen Teilen fast berausende Willkommen von Flüchtlingen an den Bahnhöfen und die vielen Willkommensfeiern lassen sich vor diesem Hintergrund nicht nur als eine Botschaft an die Geflüchteten lesen, sondern auch als eine demonstrative Antwort auf Pegida & Co, in dem Bestreben, Deutschland ein freundliches Gesicht zu geben. Deutschlands Spaltung vollzieht sich derzeit immer offensichtlicher entlang der Frage, wie hält es das Land mit den „Fremden“, aber eben auch, wie hält es das Land mit Vielfalt generell.

Diese Polarisierung – Engagement einerseits, Hass und Gewalt gegen Geflüchtete andererseits (und nach den Vorfällen der Silvesternacht von 2015 auf 2016 in Köln auch allgemein gegen irgendwie „ausländisch“ aussehende Menschen) – spiegelt sich auch in der Stimmungslage der breiten Bevölkerung. Der vorliegende Beitrag berichtet darüber anhand der Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen, skizziert in Kürze den

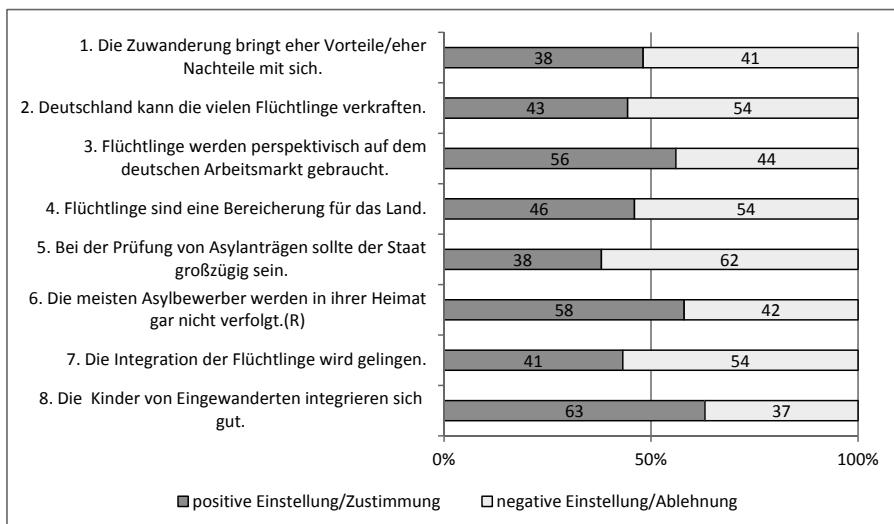
Prozess der Meinungsbildung und analysiert Einflussfaktoren, die mitbestimmen, ob Befragte sich eher positiv oder negativ zu den Geflüchteten stellen, wobei auch die kritische Frage angesprochen wird, welche Rolle tatsächliche oder vermeintliche Ängste und Sorgen angesichts der Flüchtlingsbewegung spielen. Der Beitrag verwendet die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Geflüchtete“, weil gute Argumente sowohl für als auch gegen beide Begrifflichkeiten sprechen.

Einstellungen zwischen Willkommen und Hass

Deutschland ist in seiner Haltung zu den Flüchtlingen gespalten (s. dazu Abb. 1). Lange Zeit hatte rund die Hälfte der Bevölkerung eine positive Haltung gegenüber Geflüchteten, die andere Hälfte eine negative. Inzwischen hat sich die Waage zwar etwas geneigt, dennoch waren auch Mitte März 2016 55 Prozent der Deutschen überzeugt, Deutschland könne die vielen Flüchtlinge verkraften (*ZDF – Politikbarometer*, 18. März 2016). Auch der Anteil derjenigen, die meinen, die Zuwanderung brächte eher Vorteile für Deutschland, ist mit 38 Prozent nach wie vor recht hoch, während ein ähnlich hoher Anteil (41 Prozent) eher Nachteile sieht (*ARD – Deutschlandtrend*, Januar 2016). Im November 2015 glaubten immer noch eine knappe Mehrheit der Befragten (56 Prozent), dass „Flüchtlinge perspektivisch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden“ und knapp die Hälfte (46 Prozent) empfand die Flüchtlinge „als eine Bereicherung für das Leben in Deutschland“ (*ARD – Deutschlandtrend*, November 2015) und 41 Prozent blicken zuversichtlich auf die Integration der Flüchtlinge (*ZDF – Politikbarometer*, 19. Februar 2016). Auch bei differenzierteren Einschätzungen der Flüchtlingspolitik, wie etwa der Forderung nach einer „Obergrenze“ oder mehr Geld für eine bessere Integration von Flüchtlingen, zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt eine ähnliche Polarisierung ab.

Diese Spaltung in der Bevölkerungsmeinung ist seit dem vergangenen Sommer bemerkenswert stabil und auch der mittelfristige Trend verweist auf ein Einpendeln von einer knappen Mehrheit, die positiv gegenüber Geflüchteten eingestellt ist, und einer knappen Minderheit, die dies nicht ist. So waren bereits im Frühsommer 2014 – also bevor Flüchtlinge in nennenswerter Anzahl nach Deutschland kamen – etwa 42 Prozent der Befragten aus der Studie „Die Fragile Mitte“ der Ansicht „die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt“ und 62 Prozent lehnten eine Großzügigkeit des Staates bei der Prüfung von Asyl-

Abbildung 1: Positive und negative Einstellungen zu Geflüchteten in Deutschland (in Prozent; Auswahl von Aussagen aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen 2013-2016)



Quellen: 1. *ARD – Deutschlandtrend*, Januar 2016; 2./7. *ZDF – Politikbarometer*, 19. Februar 2016; 3./4. *ARD – Deutschlandtrend*, November 2015; 5./6. Studie „Die Fragile Mitte“ 2014 (Aussage 6 recodiert dargestellt, 42 Prozent stimmen der Aussage zu); 8. *Transatlantic trends* 2013.

anträgen ab (Zick/Klein 2014, 67). In der Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2011 waren dies noch 47,5 Prozent respektive 74 Prozent (die Datengrundlage sind hier alle Befragte mit deutscher Staatsbürgerschaft einschließlich jener mit Migrationshintergrund, daher weichen die Prozentsätze leicht von denen in dem Herausgeberband „Deutsche Zustände“ 2012 präsentierten ab).

Dieses hälftige Meinungsbild ist vorläufiger Stand einer längerfristigen Entwicklung hin zu einer zunehmenden Offenheit gegenüber Einwandernden. Nach Jahrzehnten einer äußerst restriktiven Einwanderungspolitik schwenkte Deutschland in den vergangenen Jahren um und warb offensiv für mehr Einwanderung, um damit den demografischen Wandel mit einer immer älter werdenden und schrumpfenden Bevölkerung zu steuern, angeschoben durch den sich bereits in etlichen Branchen abzeichnenden